



Kai Seefried

Mitglied des Niedersächsischen Landtages
CDU-Fraktion
Schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro Assel
Am Asseler Fleet 31
21706 Drochtersen
Tel: 04148/ 610479
Fax: 04148/ 616360
Email: mail@kai-seefried.de

Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade
Tel: 04141/ 7976488

Internet
www.kai-seefried.de

Landtagsrede vom 15. Dezember 2015

Auszug aus dem stenografischen Bericht der 82. Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages

Tagesordnungspunkt 23: Haushaltsberatungen 2016 - Haushaltsschwerpunkt Kultus

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank. Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst einmal muss ich sagen: Ich freue mich, dass bei der Beratung des Einzelplans 07 die Kultusministerin selber im Saal ist. Denn um 16:27 Uhr hat das Ministerium die Rede der Ministerin schon per E-Mail zu Protokoll gegeben. Ich hatte Sorge, sie will auf den Weihnachtsmarkt. Aber ich freue mich, dass Sie jetzt bei der Debatte doch mit dabei sind.

(Beifall bei der CDU)

Das Jahr 2015 neigt sich dem Ende zu, und das Jahresende ist üblicherweise die Zeit für Jahresrückblicke. So gibt auch die heutige Haushaltsberatung die Möglichkeit, einerseits einen Rückblick und andererseits Ausschau zu halten.

Der schulpolitische Rückblick in Niedersachsen ist gekennzeichnet von Pleiten, Pech und Pannen. Was war 2015 doch für ein Chaosjahr!

(Beifall bei der CDU)

Demonstrationen gegen die Politik der Kultusministerin an allen Stellen, Demonstrationen von Lehrkräften, Aussetzung von Klassenfahrten, Demonstrationen von Eltern, von Schülerinnen und Schülern gegen die rot-grüne Schulpolitik.

(Unruhe)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Seefried, darf ich Sie kurz unterbrechen? - Meine Damen und Herren, wir beraten einen neuen Haushaltsschwerpunkt. Ich sehe, dass sich der eine oder andere nach draußen begeben will oder Gespräche führt, die möglicherweise nicht zu dieser Sache gehören. Ich darf Sie bitten, das woanders zu machen und sich auf die Rednerinnen und Redner, die zu diesem Haushaltsschwerpunkt sprechen wollen, zu konzentrieren. - Vielen Dank. Herr Seefried!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident.

Was war das Jahr 2015 doch für ein Chaosjahr! Es ist verbunden mit dem totalen Scheitern dieser Kultusministerin und der Landesregierung vor dem Oberverwaltungsgericht. Erst ein Gericht musste kommen, um dieser Regierung aufzuzeigen, dass ihre Entscheidungen zur Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer völlig falsch gewesen sind.

(Astrid Vockert [CDU]: Traurig genug!)

Und dann empfinde ich es schon als Dreistigkeit, dass der Ministerpräsident auf der Jahrestagung des Philologenverbandes vor wenigen Wochen zu dem OVG-Urteil sagte - da zitiere ich ihn wörtlich -, dass er diese Niederlage „sportlich“ nehme, unabhängig von seiner eigenen Meinung.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Darf er jetzt keine eigene Meinung mehr haben?)

Eine Entschuldigung bei den Lehrkräften, finde ich, wäre viel angemessener gewesen als eine solche Frechheit,

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

genauso wie unser Fraktionsvorsitzender das heute auch schon gefordert hat.

Das Jahr 2015 wird verbunden sein mit einem plötzlich sichtbar gewordenen Haushaltsloch von 83 Millionen Euro im Kitabereich. Ich höre noch die Aussage des Finanzministers hier im Plenum, wie er den Ministerpräsidenten mit dessen eigenen Worten gewarnt hat: „Da baut sich ein Problem auf.“

Das Jahr 2015 wird verbunden sein mit dem Gesamtschulgesetz oder auch mit dem Chancenvernichtungsgesetz.

Das Jahr 2015 wird verbunden sein mit immer neuen Rücktrittsgerüchten über die Kultusministerin.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Die Sie vortragen! - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Bei dem von ihr selbst angerichteten Schadenhaufen wäre es ja auch nicht verwunderlich gewesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber auch bei diesem Thema ist es wie immer: Wenn es eng wird für die Ministerin, kommen die GEW und Herr Brandt als Pressesprecher der Kultusministerin um die Ecke. So schrieb Herr Reichenbachs von der *Nordwest-Zeitung* in einem Kommentar am 9. Dezember in der *NWZ*, dass sich Herr Brandt in diesen Tagen überraschend als glühender Verteidiger der umstrittenen Kultusministerin Heiligenstadt offenbarte. Zitat:

„Wir sind zufrieden mit ihr, hält der Lehrer-Lobbyist allen Kritikern entgegen. Wir brauchen keine Kabinettsumbildung, mahnt Brandt in Richtung Weil. Denn wir wollen mit Heiligenstadt noch viel erreichen!“

Herr Reichenbachs schreibt an dieser Stelle weiter:

„Ach so. Die Kultusministerin als trojanisches Pferd der GEW - eine interessante Perspektive.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Jahr 2015 wird auch verbunden sein mit dem Zusammenbruch der Unterrichtsversorgung in Niedersachsen. Wir haben in Niedersachsen eine historisch schlechte Unterrichtsversorgung. Die Ministerin selbst spricht im November-Plenum von durchschnittlich 99 %. Bei Gymnasien geht man mittlerweile von 99,5 % aus. Ich will noch einmal feststellen: Das ist insgesamt die schlechteste Unterrichtsversorgung seit zehn Jahren. Und Sie, Frau Ministerin, haben hier noch im Januar ganz andere Zahlen dargestellt. Man muss es wirklich erst einmal hinbekommen, die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen so gegen die Wand zu fahren, wie diese Regierung und diese Ministerin es tun.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Ministerin, jetzt kann man sich wohl sicher sein: Bei einer so schlechten Leistung, bei einer so schlechten Jahresbilanz werden weder die Schüler noch die Lehrer, noch die Eltern in Niedersachsen Sie so schnell vergessen.

Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Schulverwaltung und insbesondere des Kultusministeriums werden das alles wohl auch nicht so schnell vergessen. Dabei - und das möchte ich deutlich betonen - wissen wir alle, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kultusministerium nichts dafür können, dass so viele falsche Entscheidungen durch diese Ministerin und die Regierung getroffen worden sind. Deswegen möchte ich an dieser Stelle auch einmal die Gelegenheit nutzen und ganz ausdrücklich im Namen unserer Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kultusministeriums für die Zusammenarbeit und für die Erstellung dieses Haushaltes danken. Sie sind auch uns gute Gesprächspartner gewesen. Dafür vielen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kultusministeriums - das möchte ich noch hervorheben - haben sich sogar die Mühe gemacht, die Frage des Kollegen Schönecke im Haushaltsausschuss nach der Förderung der plattdeutschen Sprache im Anschluss schriftlich zu beantworten, und das so-gar in zweifacher Ausführung: einerseits auf Plattdeutsch und andererseits auf Hochdeutsch. Auch dafür noch einmal herzlichen Dank, auch vom Kollegen Schönecke!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ja, meine Damen und Herren, was bringt jetzt der Haushalt 2016 für die Bildung in Niedersachsen?

Fangen wir mit der frühkindlichen Bildung an. Ich frage mich an der Stelle: Wo bleibt denn jetzt das neue KiTaG? - Es sollte doch schon längst da sein. Mehrfach wurde der Referentenentwurf durch die regierungstragenden Fraktionen angekündigt. Aber in einer Antwort auf eine Mündliche Anfrage der CDU-Fraktion versteckt man sich dann doch hinter Allgemeinplätzen, und es wird eigentlich ein Stück weit suggeriert, dass wir von dieser Regierung nicht mehr viel zu erwarten haben. Aber diese Antwort war für uns auch nichts Neues.

(Astrid Vockert [CDU]: Ja, leider!)

Dabei hatte die Ministerin in ihrer Antrittsrede im Kultusausschuss vor drei Jahren doch etwas ganz anderes angekündigt. Ich zitiere einmal aus dem Manuskript der Ministerin:

„Dieses neue Gesetz soll ein echtes Kinderförderungsgesetz werden, das modern ist, das den heutigen Realitäten entspricht und das vielleicht auch Gültigkeit für die kommenden 20 Jahre hat. Insofern freue ich mich darauf, das seinerzeit unter einer sozialdemokratischen Landesregierung entstandene Gesetz weiterentwickeln zu können.“

So Heiligenstadt damals.

Ich kann zumindest für 2016 in diesem Haushalt nichts dazu finden. Das Motto dieser Regierung ist eben nicht „anpacken“, sondern das Motto dieser Ministerin ist „liegen lassen“.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Stattdessen erinnert die Kita-Volksinitiative mit einer aktuellen Aktion wieder vollkommen zu Recht an das, was ihr von der SPD und von den Grünen alles im Wahlkampf versprochen worden ist und wovon jetzt nicht mehr viel zu hören ist.

(Björn Thümmler [CDU]: Das Blaue vom Himmel!)

Die Grundschulen in Niedersachsen haben derzeit die größten Herausforderungen und Lasten durch die Auswirkungen der Flüchtlingskrise und auch durch die Umsetzung der Inklusion zu tragen. Aber auch im Bereich der Grundschulen sucht man in diesem Haushaltsplan vergeblich nach Verbesserungen. Deswegen wollen wir von der CDU-Fraktion zusätzliche Unterstützung gerade mit Blick auf die Umsetzung der Inklusion bereitstellen.

Stattdessen plante das Kultusministerium mit diesem Haushalt eine Streichung der Budgetmittel durch die Hintertür. Das Kultusministerium wollte ohne Vorankündigung in diesem Jahr den Übertrag des Schulbudgets anstelle von 90 % nur in Höhe von 70 % durchführen und damit eiskalt in die Kasse der Schulen greifen. Erst unsere Veröffentlichung dieser Planung und der daraus resultierende Protest haben diesen unfassbaren Taschenspielertrick verhindert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber der Bereich mit dem Budget bleibt trotzdem problematisch. Angebliche Verbesserungen durch einen neuen Schulfahrtenerlass sollen die Schulen aber jetzt aus ihrem eigenen Budget selbst ausgleichen. Die Freude bei den Lehrkräften und bei den Schulleitungen war daher nur von kurzer Dauer. Dieser neue Erlass führt jetzt dazu, dass die Schulleitungen entscheiden müssen, ob sie lieber Fortbildungen machen oder ob sie ihre Lehrkräfte auf Klassenfahrten schicken. Man kann ihn auch „Klassenfahrtenverhinderungserlass“ nennen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Weiter geht es mit der Inklusion. Beim Finanzausgleich für die Schulträger wollen Sie von SPD und Grünen, dass wir Schulen erster und zweiter Klasse in Niedersachsen haben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Bei uns geht es sogar bis Klasse dreizehn, nicht nur erste und zweite, Herr Kollege!)

Sie machen die Klassenbildung dadurch, dass die Schulen in freier Trägerschaft nach wie vor beim Ausgleich der Kosten nicht berücksichtigt sind, obwohl Sie doch damals in der Debatte gesagt haben, dass das alles kommen soll.

Frau Hamburg, im Haushalt 2016 ist auch an dieser Stelle nichts von diesen Zusagen zu finden. Nach wie vor sind die Schulen in freier Trägerschaft schlechter gestellt als die öffentlichen Schulen. Auch hier heißt es „liegen lassen“ bei SPD und Grünen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Genauso sieht es mit dem angekündigten Konzept der Schulsozialarbeit aus. Hier haben wir seitens der CDU-Fraktion bereits im letzten Jahr entsprechende Anträge für ein Stufenkonzept in den Landtag eingebracht. Das machen wir auch heute; denn bei Ihnen - SPD und Grünen - muss die Schulsozialarbeit wieder ein weiteres Jahr warten, und vollmundige Ankündigungen werden zu Luftblasen. Auch hier heißt es „liegen lassen“ bei SPD und Grünen.

Wie sieht es mit den berufsbildenden Schulen aus? - Auch hier, für die berufsbildenden Schulen, gibt der Haushalt keine Zukunftsperspektiven. Stattdessen Schönfärberei aus dem Kultusministerium! So heißt es am 30. November in einer Pressemitteilung des Kultusministeriums - ich zitiere die Überschrift: -: „Huxhold: ‚Wir ziehen an einem Strang““. - Da heißt es in der Pressemitteilung weiter, dass die Staatssekretärin Hartmut Meine von der IG Metall und eine Delegation der IG-Metall-Jugend empfangen hat. Die Staatssekretärin bedanke sich laut Pressemitteilung für das Engagement der Jugendlichen. Sie habe viele gute Anregungen erhalten und freue sich, dass sich junge Menschen für eine qualitätsvolle Ausbildung einsetzen.

Das hört sich in dieser Pressemitteilung nach einem richtig schönen Empfang im Kultusministerium bei Kaffee und Keksen an. Dabei war die Realität doch eine ganz andere! Die *Neue Presse* berichtete am 1. Dezember über genau die gleiche Begebenheit, die sich laut Pressemitteilung des Kultusministeriums doch so freundlich und positiv darstellte. In der *NP* heißt es dann nämlich: Berufsschüler können ganz schön laut sein. Gestern demonstrierten 150 Berufsschüler mit 13 000 Unterschriften im Gepäck in Hannover und machten auf dem Weg vom Hauptbahnhof zum Kultusministerium ihrem Ärger Luft. Dass sie ziemlich sauer waren, so die *NP*, zeigte sich an den Slogans auf den Plakaten.

Während also die Staatssekretärin in ihrer Pressemitteilung die Arbeit der Landesregierung lobte und von einem freundlichen Empfang sprach, standen auf der Straße 150 Demonstranten, die sich von dieser Landesregierung vernachlässigt fühlten.

Frau Ministerin, die Schüler und auch die IG Metall sind eben nicht zum Kaffeekränzchen vorbeigekommen, sondern sie haben genau gegen Ihre Politik demonstriert. Deswegen sind sie da gewesen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Laut *Nordwest-Zeitung* vom 23. November liegt die Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen Haarentor in Oldenburg bei 80 %. Der dortige Lehrer und GEW-Kreisvorsitzende Heinz Bührmann nennt das in der Zeitung ganz offen einfach „skandalös“. Die *NWZ* schreibt dann unter dem gleichen Artikel: „So reagiert das Ministerium“. Dort kommen dann in einer Übersicht viele wohl-klingende und blumige Worte der Pressesprecherin des Kultusministeriums, was man jetzt alles tun werde.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle, was die Landesregierung im Bereich der berufsbildenden Schulen wirklich tut: Sie nimmt den berufsbildenden Schulen zunächst die Eigenverantwortung, die wir ihnen über ProReKo übertragen haben. Dann streicht sie ihnen bereits im vergangenen Jahr in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2015 320 Stellen aus dem Haushalt. Dann macht sie weiter, indem auch mit diesem Haushalt 2016

weitere 120 Stellen gestrichen werden sollen. Und in der Mipla für 2017 werden nochmals 120 Stellen gestrichen. Das ist das wirkliche Handeln dieser Landesregierung. Da ist ein Riesenunterschied zwischen Re-den und Handeln - es ist nicht miteinander verein-bar, was hier dargestellt wird.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Die berufsbildenden Schulen sind die Melkkühe der Landesregierung im Haushalt, und sie sind das Stiefkind dieser Ministerin. Das ist das Ergebnis, wie sich die Situation wirklich darstellt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die größte Herausforderung - das ist das Thema, das wir mit dem Haushalt insgesamt diskutieren; das ist auch die größte Herausforderung für unser Bildungssystem - ist die Integration der Kinder und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien, die im Regelfall ohne deutsche Sprachkenntnisse und häufig traumatisiert in Kindergärten und Schulen aufgenommen werden. Wir dürfen unsere Schulen und unsere Lehrkräfte mit dieser Aufgabe aber nicht alleine lassen. Wir alle wissen, dass ohne das große Engagement der Erzieherinnen und Erzieher, der Lehrerinnen und Lehrer, aber eben auch der unzähligen Ehrenamtlichen alle an dieser Aufgabe längst gescheitert wären. Deswegen möchte ich ihnen allen für das herausragende Engagement unter schwierigen Bedingungen von dieser Stelle aus ganz, ganz herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber was machen die Landesregierung und die Kultusministerin? - Erst einmal gar nichts! Auch hier wieder das Motto: nicht anpacken, liegen lassen.

Wir von der CDU-Fraktion haben bereits im vergangenen Jahr diverse Änderungsanträge zum Haushalt in den Landtag eingebracht, um den Schulen mehr Unterstützung in dieser schwierigen Situation zukommen zu lassen. Sprache ist dabei der Schlüssel zum Erfolg. Sprachvermittlung muss im Mittelpunkt stehen. Alle Anträge von uns wurden damals von SPD und Grünen und auch von der Ministerin in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Die Kultusministerin hat in ihrer Haushaltsrede im letzten Jahr nicht einmal mit einem einzigen Satz die Situation der Flüchtlinge in unseren Schulen angesprochen oder erwähnt. Nicht mit einem einzigen Satz!

Die Ministerin sagte damals nur - ich zitiere hier aus dem Stenografischen Bericht vom 16. Dezember letzten Jahres -:

„Während die Opposition sich noch nicht ganz einig ist, ob sie uns Tatenlosigkeit vorwerfen soll - das war am Anfang der Regierungszeit so - oder ob sie uns vorwerfen soll - wie es jetzt geschieht -, wir führten die Reformen zu schnell durch, während Sie al-so noch diskutieren, haben wir längst gehandelt.“

(Astrid Vockert [CDU]: Ha, ha, ha!)

So sagte es die Ministerin. Genau das, Frau Ministerin, haben Sie eben nicht getan. Sie haben nicht gehandelt. Sie haben keinerlei Maßnahmen ergriffen. Sie haben unsere Schulen alleine gelassen. Sie haben dieses Thema liegen gelassen. Das ist die wirkliche Situation!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Stattdessen hat die Ministerin vor Gericht verloren, damit die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen in den Keller gefahren, und dank Ihnen, dank dieser Regierung ist Niedersachsen bundesweit am schlechtesten auf die aktuellen Herausforderungen vorbereitet. Erst als die CDU nach der Sommerpause eine Sondersitzung des Landtages beantragt hat, kam die Ministerin in Gang. Schnell wurden ein Flüchtlingsgipfel einberufen und ein Nachtragshaushalt aufgelegt.

(Anja Piel [GRÜNE]: Herr Seefried, das glauben Sie doch selbst nicht!)

- Das war ja die Wahrheit! Es kam die Einladung zur Sondersitzung; sie hatte ja einen gewissen zeitlichen Vorlauf. Komischerweise passierte es genau dann: Jedes Ministerium gab jeden Tag eine Pressemitteilung heraus. Auf einmal ging es los! Bis dahin war ja nichts passiert, Frau Piel.

(Widerspruch von Anja Piel [GRÜNE])

- Nein, Sie haben ja alles abgelehnt. Jeden Antrag haben Sie abgelehnt. Das ist die Realität! So ist es im zu Ende gehenden Jahr gelaufen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es war viel zu spät, was Sie damals getan haben. Genau davor, dass das zu spät ist, haben wir Sie gewarnt, Frau Piel; denn jetzt schaffen Sie es nicht, die Maßnahmen umzusetzen. Jetzt schaffen Sie es nicht, dass Ihre Maßnahmen in den Schulen ankommen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Anfang Dezember - gerade erst jetzt - musste die Ministerin zugeben, dass von den zusätzlichen Lehrerstellen, die über den Nachtragshaushalt geschaffen worden sind, bisher erst 32 nach Abschluss entsprechender Verträge besetzt worden sind. 32 Verträge! Jetzt frage ich Sie: Wissen Sie, wie viele zusätzliche Verträge für die Schulsozialarbeit mittlerweile abgeschlossen worden sind? Beispiele? - Keiner! Nicht ein einziger ist abgeschlossen worden! Trotz des Nachtragshaushalts!

(Zurufe von der CDU: Unglaublich! Arbeitsverweigerung!)

Da muss man sich doch fragen: Was tun Sie? - Dieser Landtag gibt Ihnen die Möglichkeiten zum Handeln, und diese Ministerin lässt es liegen. Es ist verantwortungslos, wie hier gearbeitet wird!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir brauchen endlich flexible Lösungen, wie wir sie auch in unserem aktuellen Antrag fordern, um den Schulen jetzt vor Ort zu helfen. Sie von der Landesregierung verstecken sich immer wieder hinter neuer Bürokratie. Sie lassen die Schulen vor Ort vollkommen allein mit diesen Herausforderungen stehen. Deswegen geht es an dieser Stelle so wirklich nicht mehr weiter.

Ich bin total gespannt. Der Ministerpräsident ist ja schon selber bei der Jahrestagung des Philologenverbandes gewesen, nachdem die Ministerin dort zweimal einen desaströsen Auftritt hatte und man Sorgen haben musste, ob sie bis zum Ende am Rednerpult stehen bleiben kann. Wenn der Ministerpräsident das jetzt in diesem Jahr schon übernommen hat, bleibt für mich schließlich die Frage, wer im nächsten Jahr wohl die Schuljahresanfangspressekonferenz macht. Ich bin gespannt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Seefried.